

2.2.1 Rechtsgrundlagen –
Allgemeine Grundlagen
Bernhard Sutor

Kompetenzen klar geregelt

2.2.1 Allgemeine Grundlagen

von Bernhard Sutor

Vorbemerkung

Die Rechtsgrundlagen des Pfarrgemeinderates sind nicht leicht darstellbar. Sie sind zu finden in der spezifischen deutschen Entwicklung der Laienräte nach dem zweiten Vatikanischen Konzil, nicht jedoch in dem 1983 erschienenen neuen universalen Kirchenrecht (Codex Iuris Canonici = CIC 1983). Der Canon 536 des CIC überlässt es dem Diözesanbischof, in jeder Pfarrei einen „Pastoralrat“ zu bilden, dem der Pfarrer vorsteht. Seine Aufgabe besteht lediglich in der Beratung des Pfarrers in Fragen der Seelsorge. Diese Bestimmung ist als Grundlage unserer Pfarrgemeinderäte zu eng, ebenso wie die Bestimmungen über die Pastoralräte auf den höheren kirchlichen Ebenen. Deshalb gab es nach dem Erscheinen des CIC Diskussionen darüber, ob unsere Laienräte kirchenrechtlich haltbar seien. Diese Frage ist jedoch in den Jahren danach von der Deutschen Bischofskonferenz positiv beantwortet worden. Die Pfarrgemeinderäte beruhen ebenso wie die Laienräte auf den höheren Ebenen (Dekanat und Diözese) auf Partikularrecht der deutschen Diözesen. Sie haben im Unterschied zu den im CIC vorgesehenen Pastoralräten einen Doppelcharakter. Das hat seinen Grund in der spezifisch deutschen Entwicklung des Laienapostolats, die weit in die vorkonziliare Zeit zurückreicht.

Der Doppelcharakter des Pfarrgemeinderates

Der Pfarrgemeinderat ist einerseits Organ des Laienapostolats in der Pfarrei zur Koordinierung der verschiedenen Kräfte und Initiativen, er ist andererseits Beratungsorgan (Pastoralrat) für den Pfarrer. Dieser Doppelcharakter ist gut begründet in mehreren Dokumenten des Zweiten Vatikanischen Konzils.

Das vierte Kapitel der Kirchenkonstitution des Konzils (Lumen Gentium) beschreibt den Laien als den Christen in der Welt, der kraft Taufe und Firmung dazu berufen und befugt ist, dort als Einzelner und in Gemeinschaft mit anderen Christen die weltlichen Dinge nach dem Willen Gottes und nach den Weisungen des Evangeli-

ums zu gestalten. Zugleich jedoch sollen die weltlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Laien auch für die Amtsführung der Hirten und für das innerkirchliche Leben fruchtbar gemacht werden. Die Hirten können, so heißt es am Schluss des Kapitels, „mit Hilfe der Erfahrungen der Laien in geistlichen wie in weltlichen Dingen genauer und besser urteilen. So mag die ganze Kirche, durch alle ihre Glieder gestärkt, ihre Sendung für das Leben der Welt wirksam erfüllen“ (Lumen Gentium, Nr. 37).

Im Dekret des Konzils über das Laienapostolat (Apostolicam actuositatem) wird dessen Bedeutung für die Pfarrei in folgender Weise beschrieben: „Die Pfarrei bietet ein augenscheinliches Beispiel gemeinschaftlichen Apostolates; was immer sie in ihrem Raum an menschlicher Unterschiedlichkeit vorfindet, schließt sie in eins zusammen und fügt es der ganzen Kirche ein. Die Laien mögen sich daran gewöhnen, aufs engste mit ihren Priestern vereint in der Pfarrei zu arbeiten; die eigenen Probleme und die der Welt sowie die Fragen, die das Heil der Menschen betreffen, in die Gemeinschaft der Kirche einzubringen, um sie dann in gemeinsamer Überlegung zu prüfen und zu lösen; endlich jede apostolische und missionarische Initiative der eigenen kirchlichen Familie nach Kräften zu unterstützen“ (Apostolicam actuositatem, Nr. 10).

Dieser vom Konzil beschriebenen doppelten Aufgabe der Laien und ihrer Vereinigungen, nämlich einerseits in die Welt zu wirken, andererseits die Amtsträger innerkirchlich zu beraten, entsprach schon die deutsche vorkonziliare Praxis. Es gab in Deutschland einerseits die schon über hundertjährige Tradition der katholischen Sozialverbände, die sich in unterschiedlicher Weise die Aufgabe gestellt hatten, als freie, aber von der Kirche anerkannte Vereinigungen in die Welt zu wirken; es gab andererseits, wenn auch in Deutschland weniger ausgeprägt, aber durch die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus verstärkt, die Einrichtung der Katholischen Aktion, die den kirchlichen Amtsträgern zugeordnet waren und in ihrem Auftrag handelten, auf der Ebene der Pfarrei die sogenannten Pfarrausschüsse.

Die Entwicklung der Pfarrgemeinderäte

Nach Abschluss des Zweiten Vatikanischen Konzils beschloss die Deutsche Bischofskonferenz 1967 Grundsätze und Empfehlungen zur Neuordnung des Laienapostolats und gab dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) den Auftrag, dazu Mustersatzungen zu erarbeiten. Auf dieser gemeinsamen Grundlage begann Ende der 60er Jahre die Einrichtung der Pfarrgemeinderäte, der Dekanatsräte und der Diözesanräte in den einzelnen Bistümern. Deren Satzungen wurden von den Bischöfen als den Gesetzgebern ihrer Diözese in Kraft gesetzt.

Auf der Grundlage erster Erfahrungen und in Umsetzung der Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils beschloss die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland (Würzburger Synode) 1975 einen Text zur „Verantwortung des ganzen Gottesvolkes für die Sendung der Kirche“. Dieser enthält nach grundsätzlichen Ausführungen über die gemeinsame Verantwortung aller Glieder der Kirche sowie über Ort und Funktion der katholischen Verbände in einem Teil III eine Rahmenordnung für den Pfarrgemeinderat. Die dort formulierte Aufgabenbeschreibung für den Pfarrgemeinderat entspricht dem oben umschriebenen Doppelcharakter des Organs, der auch im Satz 1 der Rahmenordnung zum Ausdruck kommt:

„Der Pfarrgemeinderat dient dem Aufbau einer lebendigen Gemeinde und der Verwirklichung des Heils- und Weltauftrags der Kirche. In jeder Pfarrgemeinde ist ein Pfarrgemeinderat zu bilden.“

Die neue Satzung, die danach von den Bischöfen in ihren Diözesen erlassen wurden, bewegten sich in dieser Rahmenordnung. So kommt der Doppelcharakter des Pfarrgemeinderates zum Beispiel sehr klar zum Ausdruck in § 1 der Satzung für Pfarrgemeinderäte der Erzdiözese München und Freising vom 1. Dezember 1993: „Der Pfarrgemeinderat ist das vom Erzbischof anerkannte Organ im Sinne des Konzilsdekrets über das Apostolat der Laien (Nr. 26) zur Koordinierung des Laienapostolats in der Pfarrgemeinde und zur Förderung der apostolischen Tätigkeit der Pfarrgemeinde. In sinnvoller Anwendung des Dekrets über die Hirtenaufgabe der Bischöfe (Nr. 27) ist er zugleich das vom Erzbischof eingesetzte Organ zur Beratung pastoraler Fragen in der Pfarrgemeinde.“

In ihrer Aufgabenbeschreibung nehmen die Satzungen für Pfarrgemeinderäte in mehr oder weniger enger Anlehnung an den Beschluss der Würzburger Synode sowohl innerkirchliche Aufgaben der Beratung des Pfarrers als auch auf Öffentlichkeit und Welt bezogene Aufgaben der Laien auf. So soll der Pfarrgemeinderat einerseits den Pfarrer in seinem Amt unterstützen, das Bewusstsein der Mitverantwortung der Gemeindemitglieder für das Leben der Pfarrei stärken, Menschen gewinnen für die Mithilfe in der Glaubensunterweisung,

die Gottesdienstgestaltung beraten, diakonische und karitative Dienste in der Pfarrei fördern; er soll andererseits die gesellschaftliche Entwicklung in seinem Umfeld beobachten, die Anliegen der Katholiken in der Öffentlichkeit vertreten, katholische Vereinigungen und Einrichtungen unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit fördern und ihre Initiativen koordinieren und anderes mehr. Die Satzungen bringen auch zum Ausdruck, dass der Pfarrer in der eigenverantwortlichen Wahrnehmung seines ihm vom Bischof übertragenen Amtes frei bleibt und dass auch die freien katholischen Vereinigungen in der Pfarrei ihre Selbständigkeit gegenüber dem Pfarrgemeinderat behalten. Unbeschadet dessen ist der Pfarrgemeinderat nach dem in den deutschen Diözesen geltenden Partikularrecht einerseits ein beratendes Organ der Mitverantwortung für die Pastoral der Pfarrei (Pastoralrat), andererseits ein koordinierendes und beschließendes Organ des Laienapostolats zur Anregung, Förderung und Durchführung von Initiativen im Bereich des Sozialen und Politischen und zur Vertretung der Katholiken in der Öffentlichkeit.

Schwierigkeiten nach dem Erlass des CIC?

Das neue Kirchenrecht bestimmt in Canon 536: „Wenn es dem Diözesanbischof nach Anhörung des Priesterrates zweckmäßig scheint, ist in jeder Pfarrei ein Pastoralrat zu bilden, dem der Pfarrer vorsteht; in ihm sollen Gläubige zusammen mit denen, die kraft ihres Amtes an der pfarrlichen Seelsorge Anteil haben, zur Förderung der Seelsorgstätigkeit mithelfen. – Der Pastoralrat hat nur beratendes Stimmrecht und wird durch die vom Diözesanbischof festgesetzten Normen geregelt.“

Die Unterschiede zwischen dem CIC und dem deutschen Partikularrecht liegen auf der Hand. Josef Lederer fasst sie im Handbuch des Katholischen Kirchenrechts folgendermaßen zusammen (426f.):

„a) Nach bisherigem Recht ist in jeder Pfarrei ein Pfarrgemeinderat zu bilden; nach dem CIC/1983 kann der Diözesanbischof freilich darüber entscheiden, ob es Pfarrgemeinderäte geben soll oder nicht.

b) In den deutschen Diözesen hat der Pfarrgemeinderat eine Doppelfunktion: Er soll einerseits den Heildienst des Pfarrers innerhalb der Gemeinde mittragen und andererseits Initiativen anregen und koordinieren, die der Kirche in den Ordnungen der Welt Anwesenheit und Wirksamkeit verschaffen. Der CIC/1983 spricht nur von der Förderung der seelsorglichen Tätigkeit.

c) Die Satzungen der deutschen Diözesen bestimmen, dass der Pfarrgemeinderat bei wichtigen Entscheidungen beratend oder beschließend mitzuwirken hat; der CIC/1983 sieht nur eine Beratung des Pfarrers vor.

d) Bisher war die Bestimmung des Vorsitzenden dem Diözesanrecht überlassen; dabei sollte möglichst nicht der Pfarrer zum Vorsitzenden bestellt werden. Nunmehr ist verbindlich festgelegt, dass der Pfarrer kraft seines Amtes Vorsitzender ist.“

Es ist verständlich, dass nach dem Erscheinen des CIC eine Diskussion über die Vereinbarkeit der deutschen Regelung mit dem neuen Kirchenrecht einsetzte. Sie spitzte sich zwar zu in der Frage, ob nunmehr der Pfarrer Vorsitzender des Pfarrgemeinderates werden müsse. Aber genau besehen ging es um viel mehr, nämlich um die Frage, ob die in der deutschen Kirche entwickelten Laienräte auf die Funktion von Pastoralräten zurückgebildet werden müssten; dies zumal auch deshalb, weil Canon 6 des CIC bestimmt, dass mit dem Inkrafttreten des neuen Rechts bisher geltendes teilkirchliches Recht aufgehoben sei, welches den Vorschriften des neuen Codex zuwiderlaufe.

Die Bestätigung des deutschen Partikularrechts

Die Deutsche Bischofskonferenz beauftragte eine Arbeitsgruppe „Kirchenrecht“, ihr eine Stellungnahme zu den Fragen vorzulegen. Ebenso richtete das ZdK eine Arbeitsgruppe ein, die die Bestimmungen des CIC in ihren Auswirkungen auf Arbeit und Strukturen des Laienapostolats in Deutschland prüfen sollte. Die „Gemeinsame Konferenz“, ein von der Deutschen Bischofskonferenz und dem ZdK gemeinsam nach der Würzburger Synode eingerichtetes Organ, beriet auf einer Sondersitzung 1987 mit Vertretern beider Arbeitsgruppen die aufgeworfenen Fragen und kam zu dem Ergebnis, dass Satzungen und Praxis der in den deutschen Diözesen entwickelten Laienräte nicht geändert werden müssten. Die Satzungen seien gültiges Partikularrecht, weil es dem CIC/1983 nicht widerspreche. Für den Pfarrgemeinderat lautet der Beschluss der Gemeinsamen Konferenz:

„Es wird nochmals übereinstimmend festgelegt, dass hinsichtlich der in Deutschland in den einzelnen Bistümern bestehenden Ordnungen für die Pfarrgemeinderäte kein Handlungsbedarf besteht. Die in den Bistümern in Kraft gesetzten Satzungen oder Ordnungen für die Pfarrgemeinderäte widersprechen nicht dem neuen Kirchenrecht, insbesondere nicht der Vorschrift c.536 über den Pfarrpastoralrat. Die Pfarrgemeinderäte sind nach ihrer Aufgabenstellung, wie sie die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland festgelegt hat, in erster Linie Räte des Laienapostolats, die der Koordinierung und Förderung des Apostolats der Laien in der Pfarrei dienen. Soweit sie pastorale Fragen beraten, haben sie, wie es auch vom CIC/1983 verlangt wird, nur beratende Funktion. Es wird deshalb nochmals ausdrücklich festgestellt, dass die Pfarrgemeinderäte

gegenüber dem Pfarrpastoralrat des CIC/1983 ein aliud darstellen. Somit bleiben die Ordnungen über die Pfarrgemeinderäte weiterhin geltendes Partikularrecht.“¹

Zum Verhältnis des Pfarrgemeinderates zur Kirchenverwaltung

Pfarrgemeinderat und Kirchenverwaltung sind nach dem für sie geltenden Recht zur Zusammenarbeit verpflichtet. Durchweg ist das in den bayerischen Diözesen so geregelt, dass die Kirchenverwaltung ein Mitglied benennt, welches zu den Sitzungen des Pfarrgemeinderates als Gast mit dem Recht der Meinungsäußerung einzuladen ist. Umgekehrt muss der Vorsitzende des Pfarrgemeinderates beziehungsweise einer seiner Stellvertreter, ebenfalls mit dem Recht der Meinungsäußerung, zu den Sitzungen der Kirchenverwaltung eingeladen werden. Die Kirchenverwaltung ist verpflichtet, vor der Verabschiedung des Haushaltsplanes eine Stellungnahme des Pfarrgemeinderates einzuholen und diese, falls er ihr nicht folgt, mit dem verabschiedeten Haushalt der kirchlichen Aufsichtsbehörde vorzulegen. Auch vor anderen bedeutenden Entscheidungen soll die Kirchenverwaltung den Pfarrgemeinderat rechtzeitig informieren und anhören (zum Beispiel bei Neu- und Umbauten). Selbstverständlich ist die Kirchenverwaltung auch verpflichtet, die für die Tätigkeit des Pfarrgemeinderates notwendigen Finanzmittel zu genehmigen. Sie kann dies auch in der Form tun, dass sie dem Pfarrgemeinderat einen Pauschaletat genehmigt, über welchen dieser selbständig verfügen kann, freilich Rechenschaft ablegen muss.

Die Würzburger Synode hatte in ihrer oben erwähnten Rahmenordnung für die Pfarrebene darüber hinaus vorgeschlagen, Pfarrgemeinderat und Kirchenverwaltung in der Form zusammenzufassen, dass der Pfarrgemeinderat für die Aufgaben der Vermögens- und Finanzverwaltung ein Gremium bildet, welches gemäß den pastoralen Richtlinien des Pfarrgemeinderates den Haushalt aufstellt und seine Durchführung überwacht. In diesem Sinne sei eine Änderung der staatskirchenrechtlichen Landesgesetze anzustreben. Das Für und Wider einer solchen Regelung ist hier nicht zu diskutieren. Gegenüber dem Argument, sie sei rechtlich nicht möglich, sei nur noch darauf hingewiesen, dass sie staatskirchenrechtlich jedenfalls möglich ist, wenn die Kirche sie will. Der Staat schreibt nicht von sich aus vor, wie die Kirche ihre inneren Angelegenheiten regelt; er wird nur fordern, dass die Regelung vermögens- und stiftungsrechtlich in Ordnung ist. Auch kirchenrechtlich dürfte

¹ Berichte und Dokumente des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Nr. 66, 1988, 55f.

die von der Würzburger Synode vorgeschlagene Regelung möglich sein; denn auch für die jetzige deutsche Ordnung der Vermögensverwaltung hat die Deutsche Bischofskonferenz in Rom nach Erlass des neuen Kodex eine Ausnahmegenehmigung erwirkt. Unsere Kirchenverwaltungen haben abweichend vom CIC nicht nur Beratungs- sondern Beschlussrecht.

Literaturhinweise:

- Berichte und Dokumente des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Nr. 66, 1988
- Codex Iuris Canonici, Kodex des kanonischen Rechtes. Lateinisch-deutsche Ausgabe. Herausgegeben im

Auftrag der Deutschen und der Berliner Bischofskonferenz, der Österreichischen Bischofskonferenz, der Schweizer Bischofskonferenz sowie der Bischöfe von Bozen-Brixen, von Luxemburg, von Lüttich, von Metz und von Straßburg, Kevelaer 1983

- M. Conrad, Der Pfarrgemeinderat im Zweiten Vatikanischen Konzil und in den nachkonziliaren Dokumenten, ÖAKR 37 (1987/88), 240-264
- Peter Krämer, Kirchenrecht II. Ortskirche – Gesamtkirche (Kohlhammer Studienbücher Theologie, Band 24,2) Stuttgart-Berlin-Köln 1993
- Josef Lederer, Pfarrgemeinderat und Pfarrverwaltungsrat, in: Josef List/Hubert Müller/Heribert Schmitz (Hrsg.), Handbuch des katholischen Kirchenrechts, Regensburg 1983, 425-429